

Die weltweiten Energiemärkte finden keine Ruhe

Noch nie stand die liberalisierte Energiewirtschaft einer solchen Herausforderung gegenüber wie heute. Die Energiewirtschaft erlebt exorbitante, noch nie dagewesene Preissteigerungen bei der Beschaffung von Energie für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Und das anhaltend seit 2021. Die regionalen Energieversorger profitieren davon übrigens nicht. Sie sind in der Regel Händler von Energie und nicht Produzenten der Primärenergie-träger. Daher können sie die Kosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher leider kaum wirksam abmildern.

Beschaffungskosten für Strom auf hohem Niveau

Die Kosten an den Märkten für Strom bleiben hoch. Wie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) bereits im April diesen Jahres ermittelt hat, sind die Kosten für Beschaffung und Vertrieb bei Haushaltstarifen durchschnittlich um 82 Prozent gestiegen. Ursache hierfür sind die außergewöhnlich hohen Energiepreise im Großhandel. Beschaffung und Vertrieb machen übrigens nur rund 39% des Strompreises aus. Der gleiche Anteil (39%) entfällt auf Steuern, Abgaben und Umlagen. Der mit 22% kleinste Anteil umfasst die Netzentgelte.

Großhandelspreise für Erdgas steigen um 170 Prozent

Die Kosten für Beschaffung und Vertrieb von Erdgas sind aufgrund der vor allem ab dem 4. Quartal 2021 sehr stark angestiegenen Großhandelspreise sehr hoch. Der BDEW stellte im April rückblickend einen Anstieg um über 170 Prozent fest. Daneben hat sich zum Jahreswechsel auch der gesetzlich festgelegte CO₂-Preis erhöht. Er beträgt seit Anfang des Jahres 30 Euro die Tonne CO₂, was 0,671 Cent pro Kilowattstunde entspricht. Der Anteil aller Steuern und Abgaben am Erdgaspreis liegt damit bei rund einem Viertel.

Energiesteuern und -abgaben reduzieren

Die Bundesregierung will Menschen, die Wohngeld beziehen, finanziell entlasten. Dazu soll in diesem Jahr ein einmaliger Heizkostenzuschuss von mindestens 230 Euro, gestaffelt nach Haushaltsgröße, ausgezahlt werden. Auch ein Energiegeld von 300 Euro soll an Erwerbstätige ausgezahlt werden. Die Bundespolitik reagiert damit auf die anhaltend hohen Preise. Das ist jedoch nicht ausreichend. Ein Ende der hohen Beschaffungskosten zeichnet sich nämlich weiter nicht ab. Die Entlastung der Energiepreise durch die Senkung von Steuern und weiterer staatlicher Abgaben muss daher zeitnah angegangen werden. So kann einer finanziellen Überforderungen der Menschen besser begegnet werden.



Liebe Leserin, lieber Leser,

vor kurzem hat Mainova ihre Hauptversammlung abgehalten. Mainova stellt die Versorgung mit Energie und Wasser weiter verlässlich sicher. Ebenso Arbeitsplätze und Wertschöpfung für Frankfurt und die Region.

Die andauernden hohen Beschaffungskosten für Energieversorger wirken sich zunehmend auf die Verbraucherinnen und Verbraucher aus. Eine sichere und zuverlässige Energieversorgung darf kein Luxusgut werden. Energie muss eine bezahlbare Grundlage unseres Wirtschafts- und Gemeinwesens bleiben. Hier ist die Politik gefragt. Sie kann staatliche Abgaben reduzieren und so die Verbraucherinnen und Verbraucher entlasten.

Ihr

Dr. Constantin H. Alsheimer
Vorstandsvorsitzender Mainova AG



Die kommunale Energieplanung ist der Schlüssel

Deutschland will in zwei Jahren Gas ausschließlich aus anderen Ländern, als der Russischen Föderation beziehen. In 13 Jahren will Frankfurt eine klimaneutrale Stadt sein. Die Bundesregierung plant, dass Deutschland ab 2045 klimaneutral ist. Damit sind einige prominente Meilensteine gesetzt. Die Wege zu den einzelnen Meilensteinen müssen nun zielgerichtet gegangen werden. Die Zeit läuft.

Ein Plan für das Energiesystem der Zukunft

Wir müssen den Weg in ein Energiesystem mit erneuerbaren Energiequellen zunehmend schneller gehen. Gleichzeitig muss die zukünftige Energieversorgung umsetzbar, sicher und für die Menschen auch bezahlbar bleiben. Um diese Ziele zu erreichen, braucht es einer umsichtigen kommunalen Energieplanung. Sie vereint den zukünftigen Energiebedarf der Menschen und Unternehmen in einer Stadt, ob (Fern-)Wärme oder Strom und die hierfür notwendigen Maßnahmen unter einem Dach.

Mainova ist der Zukunftsarchitekt

Im Boden der Stadt liegt die wichtigste Infrastruktur für die Energiewende: über 14.500 Kilometer an Versorgungsleitungen. Das entspricht der Strecke von Deutschland nach Australien. Zusammen mit den Kraftwerken und Energieanlagen sowie der Erfahrung und Innovationskraft ist Mainova der zentrale Zukunftsarchitekt an der Seite Frankfurts. Nirgendwo in Frankfurt ballen sich Energietechnik und Erfahrung so, wie bei Mainova.

Frankfurt innovativ dekarbonisieren

Eine wirksame CO₂-Reduktion erfordert insbesondere in urbanen Ballungsräumen innovative Konzepte und eine diversifizierte Energieerzeugung. Hierzu zählt beispielsweise das Wärmekonzept von Mainova im Frankfurter Wohnquartier Westville, bei dem unter anderem die Abwärme aus dem benachbarten Rechenzentrum zur Versorgung des Viertels genutzt wird.

Individueller Technologie-Mix ist die Lösung

Würde man alle Gebäude in Frankfurt auf Wärmepumpen als Heiztechnik umstellen („elektrifizieren“), müsste man die Leistung des Frankfurter Stromnetzes mehr als verdoppeln. Die Folge: Frankfurt würde auf Jahre zur Dauerbaustelle. Die Lösung liegt daher vielmehr in einem Mix verschiedener Technologien. Denkbar sind Heizungen als Hybridsysteme: Die Wärmepumpe läuft solange sie effizient arbeitet. Wird es zu kalt und die Wärmepumpe ineffizient, übernimmt der Gaskessel. Wo es möglich ist, nutzt das Haus die Fernwärme. Dabei wird stets der optimale Energieträger für das jeweilige Gebäude zum Einsatz kommen. So können verschiedene Infrastrukturen jeweils einen Anteil zur klimaneutralen Gebäudewärme leisten. Zusammen mit Wasserstoff anstelle von Erdgas wird daraus eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung. Und das klimaneutral.

Gemeinsam die Energiewende angehen

Frankfurt wird klimaneutral - daran besteht kein Zweifel. Dieses Ziel werden Mainova und die Stadt Frankfurt gemeinsam erreichen. Grundlage hierfür ist der Dialog und eine Vertiefung der bestehenden Partnerschaft. Die gemeinsame Arbeit daran hat bereits begonnen. Mainova hat die zukunftsfähige Infrastruktur und das Wissen für den Weg zur klimaneutralen Stadt Frankfurt. Und dieses Potenzial möchte Mainova gemeinsam mit der Stadt realisieren. Für die Energieversorgung von morgen.



Wichtiger Meilenstein für den Stromnetzausbau

Mainova und TenneT bauen gemeinsam das Stromnetz für Frankfurt Rhein-Main weiter aus. Bereits bis 2027 sollen die Netzkapazitäten um mehr als 500 Megavoltampere (MVA) und damit um rund 50 Prozent wachsen.

Dafür werden in den kommenden Jahren die Umspannwerke an den Haupteinspeisepunkten ausgebaut und die Stromleitungen in das Stadtgebiet Frankfurt verstärkt.

Zunehmende Nachfrage nach elektrischer Energie

Das Wachstum der Wirtschaftsregion und die Digitalisierung steigern den Bedarf an Strom. Neben der starken Zunahme an Rechenzentren, erhöht sich beispielsweise auch der Bedarf durch die zunehmende Elektromobilität und den zu erwartenden verstärkten Einsatz von Wärmepumpen.

260 Tonnen schwerer Transformator mit eigenen Gleisen

Ein wichtiger Meilenstein für die angestrebte Leistungserhöhung ist die Erneuerung des Umspannwerks Südwest in Frankfurt-Griesheim. Ein Kernstück dabei ist der neue Transformator, der als sogenannter Direktkuppeltransformator die 380 Kilovolt-Ebene mit der 110 Kilovolt-Ebene verbindet. Der rund 260 Tonnen schwere Transformator wurde über eigens dafür vorgesehene Bahnschienen, die bis auf das Gelände führen, angeliefert. Durch Transformatorer Austausch und Verstärkung der Netzanbindungen im Umspannwerk Südwest steigt die Leistung im Frankfurter Netz ab 2024 um 100 MVA. Das entspricht dem Bedarf einer 100.000-Einwohner-Stadt.

Kurz notiert



Hauptversammlung der Mainova AG

[> weiterlesen](#)



300 Ladepunkte in öffentlichen Parkhäusern und Tiefgaragen geplant

[> weiterlesen](#)

Kontakt



Hanno Benz
Leiter Public Affairs
Mainova AG



E-Mail
h.benz@mainova.de



Telefon
069 213-23628

Mainova Politik Messenger

Herausgeber:
Mainova Aktiengesellschaft
Solmsstraße 38
60486 Frankfurt am Main

www.mainova.de/politik